

Bühlmann, Marc (IPW)

Von: Ritter, Johannes <j.ritter@faz.de>
Gesendet: Montag, 18. September 2017 15:32
An: Bühlmann, Marc (IPW)
Betreff: Artikel

Lieber Herr Bühlmann

Unten finden Sie den Artikel, er ist heute im Blatt.

Nochmals vielen Dank und beste Grüsse

Johannes Ritter

Formularbeginn

18.09.2017, F.A.Z., Politik (Politik), Seite 5 - Ausgabe D2, D3, R0, R1

Sind Schweizer Politiker käuflich?

Politik ist im Berner Regierungsbetrieb ein Nebenberuf. Jetzt wirft die bevorstehende Neuwahl eines Ministers Fragen über die Unabhängigkeit auf.

Von Johannes Ritter

ZÜRICH, 17. September

In der Schweizer Regierung kommt es nicht allzu häufig zu einem Wechsel. Das liegt am politischen System. Wenn die Eidgenossen alle vier Jahre zur Parlamentswahl ihre Stimme abgeben, wählen sie am Ende nicht, wie in Deutschland, ein oder zwei Parteien in die Regierung. Denn in der Schweiz gilt das Konkordanz-Prinzip: Damit möglichst alle wichtigen Strömungen in den politischen Entscheidungsprozess einfließen und ein für jedermann tragbarer Konsens erzielt wird, werden die sieben Sitze in der Regierung, Bundesrat genannt, auf die vier wählerstärksten Parteien verteilt. Aktuell sind dies die Schweizerische Volkspartei (SVP), die Sozialdemokratische Partei (SP), die Freisinnigen (FDP) und die Christlichdemokratische Volkspartei (CVP). Deren Kandidaten werden jeweils nach den Parlamentswahlen von der Vereinigten Bundesversammlung gewählt, die aus den 246 Mitgliedern der großen und kleinen Kammer (Nationalrat und Ständerat) des Parlaments in Bern besteht.

Es kann aber auch innerhalb einer Legislaturperiode zu einer Bundesratswahl kommen, und zwar dann, wenn ein Regierungsmitglied seinen Rücktritt erklärt. So geschehen Mitte Juni, als der Außenminister Didier Burkhalter (FDP) überraschend bekanntgab, sein Amt als Bundesrat Ende Oktober niederzulegen. In einem parteiinternen Auswahlverfahren hat die FDP aus ihren Reihen drei Nachfolgekandidaten benannt, die sich der Bundesversammlung am 20. September zur Wahl stellen: den Tessiner Nationalrat Ignazio Cassis, die Waadtländer Nationalrätin Isabelle Moret und den Genfer Staatsrat Pierre Maudet.

Als Favorit gilt Ignazio Cassis. Der 56 Jahre alte Mediziner hat einen möglicherweise entscheidenden Vorteil gegenüber seinen beiden Wettbewerbern: Er kommt aus dem Tessin. Gemäß Schweizer Bundesverfassung ist bei der Zusammenstellung des Bundesrats darauf Rücksicht zu nehmen, "dass die Landesgegenden und Sprachregionen angemessen vertreten sind". Derzeit kommen vier Bundesräte aus der deutschsprachigen und drei aus der französischsprachigen Schweiz. Die italienischsprachigen Landesteile - dazu gehört neben dem Tessin auch noch ein Zipfel von Graubünden - sind indes seit 1999 nicht mehr in der Regierung vertreten. Etliche Parlamentarier sind der Ansicht, dass es nun an der Zeit ist, dies zu ändern, zumal mit dem FDP-Fraktionschef Cassis ein bekannter und profilierter Bewerber bereitsteht. Der frühere Kantonsarzt sitzt seit gut zehn Jahren im Parlament in Bern.

Das heißt freilich nicht, dass es keinen Widerstand gibt. Linken Politikern ist Cassis ein Dorn im Auge. Sie fürchten, dass der Bundesrat mit ihm politisch insgesamt nach rechts rücken könnte. Abwegig ist das nicht. Als Kollegialgremium, in dem alle Mitglieder gleichberechtigt sind, veröffentlicht der Bundesrat nicht, mit welcher Stimmenverteilung Beschlüsse gefasst wurden. Aber offenkundig hat sich der scheidende Didier Burkhalter so manches Mal links der Mitte positioniert und damit Vorstößen der Sozialdemokraten den Weg geebnet. Cassis hingegen ist ein Wirtschaftsliberaler, der im Zweifel rechts der Mitte steht. Deshalb hat er bereits offiziell die Unterstützung der nationalkonservativen SVP. Die Partei Christoph Blochers hofft, mit Cassis die Mehrheit von vier Stimmen, die SVP und FDP gemeinsam in der Regierung haben, künftig besser ausspielen zu können.

Um genau das zu verhindern, haben die Linken fieberhaft nach Kritikpunkten gesucht, mit denen sie auch außerhalb des eigenen Lagers Stimmung gegen Cassis machen können. Dabei haben sie nun eine Debatte entfacht, die der Zürcher "Tages-Anzeiger" in der anklagenden Frage zusammenfasste: "Wie käuflich sind unsere Politiker?" Dabei geht es nicht so sehr um persönliche Bestechlichkeit im engeren Sinne, sondern um einen vom politischen System nicht nur tolerierten, sondern womöglich nahegelegten Lobbyismus. Das Schweizer Parlament ist kein Berufsparlament: Nach dem geltenden sogenannten Milizsystem sollen öffentliche Aufgaben nebenberuflich ausgeübt werden. Dahinter steckt der Gedanke, dass ein Politiker, der auch noch aktiv einen Beruf ausübt, näher an den Problemen der Bevölkerung steht und daher auch die besseren Lösungen zu finden vermag. Früher war das Spektrum der im Parlament vertretenen Berufsgruppen noch recht breit. Heute jedoch arbeiten viele Abgeordnete (sofern sie überhaupt einem "normalen" Beruf nachgehen) auf Feldern, auf denen die Regulierungsdichte besonders groß ist, zum Beispiel in der Energiewirtschaft und im Gesundheitswesen. Und im Parlament vertreten sie dann meist mehr oder weniger offen die Interessen ihrer Arbeitgeber. So auch Ignazio Cassis: Er ist Präsident des Krankenkassenverbands Curafutura. Damit verdient er 180 000 Franken im Jahr - zuzüglich der Aufwandsentschädigung als Parlamentarier von rund 100 000 Franken. Zugleich amtiert er als Präsident der Gesundheitskommission des Nationalrats. Besser kann man als Lobbyist kaum positioniert sein.

Dass Cassis' Salär als Verbandschef überhaupt öffentlich bekanntgeworden ist, ist eine Ausnahme. In der Schweiz lassen sich die zahlreichen öffentlichen und privaten Mandate der Politiker zwar relativ leicht ermitteln. Im Dunkeln bleibt jedoch meist, wie hoch die jeweiligen Einkommen sind. Dabei verriet die Höhe der Bezüge aus einem Mandat einiges über das Ausmaß der finanziellen Abhängigkeit eines Parlamentariers. "Diese fehlende Transparenz ist aus demokratisch-repräsentativer Perspektive sehr problematisch", urteilt Marc Bühlmann, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bern. Trotzdem sind bisher alle innerparlamentarischen Initiativen, für mehr Transparenz zu sorgen, im Sande verlaufen. "Die Politiker fürchten, dass bei einer Offenlegung der Bezüge kein Geld mehr von den Verbänden fließen würde und so das mythisch verklärte Milizsystem zusammenbrechen könnte."

Intransparent ist in der Schweiz auch die Parteienfinanzierung. Es gibt keine Regelung wie in Deutschland, wo der Absender von Parteispenden, die 10 000 Euro übersteigen, veröffentlicht werden muss. Deshalb weiß niemand, wie viel Geld beispielsweise der SVP-Doyen und Milliardär Christoph Blocher in die Kampagnen und Initiativen seiner Partei steckt. Die Schweizer Sozialdemokraten

sammeln derzeit Unterschriften für eine "Transparenz-Initiative", die Licht ins Dunkel der Parteienfinanzierung bringen soll und ähnliche Regeln wie in Deutschland fordert.

Falls diese Initiative zur Abstimmung kommt, dürfte sie bei den Bürgern allerdings einen schweren Stand haben, glaubt Politikwissenschaftler Bühlmann. In Ermangelung staatlicher Finanzierungshilfen seien die Parteien in der Schweiz auf andere Geldgeber angewiesen. Wenn deren Identität veröffentlicht werde, gingen die Spenden vermutlich zurück. In der Folge würde der Ruf nach öffentlicher Unterstützung für die Parteien laut. "Doch genau das lehnen viele Stimmbürger ab. Sie wollen die Politik nicht zusätzlich mit Steuergeldern alimentieren." Mit anderen Worten: Die Demokratie soll sich möglichst selbst finanzieren.

Vor diesem Hintergrund hält sich auch die öffentliche Aufregung um das Salär für Cassis in Grenzen. Frei nach dem Motto: Besser ein Verband bezahlt den Mann, als wenn das am Schweizer Volk hängen bleibt. Für Cassis' Wahl in den Bundesrat spielt dieses Thema ohnehin kaum eine Rolle. Viele Mitglieder der Bundesversammlung profitieren genau wie er vom lobbyistischen Laissez-faire im Schweizer Polit-Betrieb.

Alle Rechte vorbehalten. © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Alle Daten und Artikel sind urheberrechtlich geschützt. Die Verwendung ist nur zum eigenen dienstlichen Gebrauch möglich. Nicht gestattet sind insbesondere jegliche Weitergabe an Dritte, Vervielfältigung sowie mechanische und oder elektronische Speicherung. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts der Beiträge besteht keine Haftung und Gewährleistung.

Autor/en: Ritter, Johannes

Themen: Innenpolitik, Partei

Formularende
Formularbeginn

Formularende

Johannes Ritter
Korrespondent für die Schweiz

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG DER ALLGEMEINEN ANSICHTEN

Bionstr. 18
8006 Zürich

Tel. +41 43 539 4883
E-Mail: j.ritter@faz.de
www.faz.net

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH
Hellerhofstraße 2-4 · 60327 Frankfurt am Main
HRB 7344 · Amtsgericht Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats: Karl Dietrich Seikel
Geschäftsführung: Thomas Lindner (Vorsitzender), Burkhard Petzold